Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

293 (14.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 293 | Mittwoch, den 14. Dezember 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett hält am Mittwoch eine wichtige Sitzung, in welcher die Milderung verschiedener Notverordnungen beschlossen werden soll.

*

Der Reichsarbeitsminister empfing Vertreter der christlichen Gewerkschaften zu einer Besprechung über alle schwebenden sozialpolitischen Fragen.

*

In einer dritten Note Englands an Amerika wird erklärt, daß die Zahlungen am 15. Dezember geleistet würden.

*

Die nächste Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz findet am 23. Januar, die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 31. Januar statt.

*

In Frankenthal (Pfalz) brachen 6 Kinder beim Spiel durch die dünne Eisdecke des Altrheins und ertranken. Bei Sehlheim an der Mosel kamen 5 Kinder auf dieselbe Weise ums Leben.

*

Im Gütschtunnel bei Luzern stieß ein Personenzug mit einem Eilzug heftig zusammen. Es gab 10 Tote und 15 Verletzte.

*

Die Reichstagskorrespondenz der Bayerischen Volkspartei dementiert die Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Parteivorsitzenden Prälaten Leicht.

*

Der Fünferausschuß für den Mandschurei-Konflikt hat einen Vorschlag ausgearbeitet, der die Völkerbundsvermittlung für die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Japan und China vorsieht.

Spiel auf dem Eis fordert schwere Opfer

Sechs Kinder ertrunken

Frankenthal (Pfalz). 13. Dez. Ein furchtbares Unglück ereignete sich Dienstag auf dem Altrhein bei Boxheim, auf dem die Kälte der letzten Tage bereits Eis gebildet hatte. Eine Anzahl Kinder wollte sich auf der Eisdecke tummeln, die aber plötzlich auseinanderbarst, sodaß die sechs Kinder einbrachen und untergingen. Fünf Kinder, vier Mädchen und ein Junge im Alter von 8 bis 15 Jahren gehören der Familie Weinz aus Boxheim. Das 15jährige Mädchen hatte sich ans Ufer retten können und versuchte nun, seinen Geschwistern Hilfe zu bringen. Dabei wurde es aber von einem der Geschwister, das sich an sie geklammert hatte, wieder in den Altrhein gezogen und mußte ertrinken. Das sechste ertrunkene Kind, ein Junge im Alter von etwa 8 Jahren, gehört der Familie Graber.

*

Fünf Kinder ertrunken

Sehlheim a. M., 13. Dez. Fünf Kinder, die sich am Dienstag auf einem zugefrorenen Tümpel an der Mosel tummelten, sind ertrunken. Einer Anzahl von Erwachsenen war es gelungen, fünf andere Kinder, die ebenfalls durch die Eisdecke eingebrochen waren, zu retten.

Das Handwerk an den Reichskanzler

T.U. **Hannover,** 13. Dez. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat in einem Schreiben den Reichskanzler gebeten, in seiner Rundfunkrede auch zu den vordringlichen Fragen der Handwerkswirtschaft Stellung zu nehmen. Das Schreiben betont, daß nur durch die unmittelbare Einschaltung einer mit den Verhältnissen des gewerblichen Mittelstandes durchaus vertrauten Persönlichkeit an entscheidender Stelle die erforderliche Berücksichtigung des Handwerks erwirkt werden könne.

Der Eingabe wurde eine Entschließung beigefügt, die den Ernst der Lage im Handwerk und seine Verzweiflungsstimmung kennzeichnet. Schließlich wurde der Reichskanzler noch gebeten, der Spitzenvertretung des deutschen Handwerks sobald wie möglich Gelegenheit zu mündlichem Vortrag zu geben. Auch an den Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe trat der Reichsverband heran mit der Bitte, im Sinne des an den Kanzler gerichteten Schreibens seinen Einfluß zur Geltung zu bringen.

Nächste Sitzung des Abrüstungsbüros Ende Januar

Genf, 13. Dez. Das Büro der Abrüstungskonferenz, an dessen Sitzung zum ersten Mal seit Juli wieder ein deutscher Vertreter teilnahm, hat heute beschlossen, dem Hauptausschuß eine Entschließung vorzuschlagen, in der das Ergebnis der Fünf-Mächte-Besprechungen begrüßt und die Bereitschaft zu einer wirksamen Durchführung der Konferenzarbeiten ausgesprochen werden soll.

Die nächste Sitzung des Büros soll dann am 23. Januar 1933, die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 31. Januar stattfinden.

Der Kampf um die sozialpolitischen Notverordnungen

Berlin, 13. Dez. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Dienstag seine Verhandlungen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantwortete Ministerialdirektor Olscher vom Reichsfinanzministerium einige Fragen, die der Ausschuß über den Etat von 1933 gestellt hatte. Eine große finanzpolitische Aussprache soll ungefähr am 9. Januar beginnen.

Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit den Anträgen, die eine **Milderung oder Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni verlangen.** Zu Beginn der Aussprache bat **Reichsarbeitsminister Syrup,** bei den Anträgen über die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni daran zu denken, **daß der finanzielle Bestand der sozialpolitischen Einrichtungen von dieser Verordnung abhängt.**

Abg. **Karsten** (S.) begründete den sozialdemokratischen Antrag, die Notverordnung vom 14. Juni außer Kraft zu setzen. Abg. **Nädel** (K.) verlangte ebenfalls die Aufhebung dieser Notverordnung. Abg. **Schwarzer** (BVp.) bezeichnete die Auswirkungen der Juninotverordnung als furchtbar. Er beantragte, die vorliegenden Anträge zunächst dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. Abg. Dr. **Schmidt-Eichswalde** (Dn.) beantragte, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die sozialen Härten der Notverordnungen beseitigt werden. Abg. **Reinhardt** (NS.) erklärte, die Juninotverordnung übertreffe an sozialer Ungerechtigkeit und Brutalität alles bisher Dagewesene. Die Beseitigung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer und die Salzsteuer müßten unbedingt fallen.

Ministerialdirektor **Weigert** vom Reichsarbeitsministerium wies auf die finanzielle Tragweite der Notverordnung vom Juni für die verschiedenen Zweige der Arbeitslosenhilfe hin. Im Frühsommer dieses Jahres bestand in der gesamten Arbeitslosenhilfe ein Defizit von rund 900 Millionen RM. Dieses Defizit ist durch die Verordnung vom Juni, und zwar durch Einsparungen und Erhöhungen der Einnahmen ausgeglichen worden. **Wenn die vorliegenden Anträge auf Aufhebung der Notverordnung angenommen würden, so würde sich wiederum ein Defizit von 80 Millionen RM. im Monat ergeben. Die geordnete Unterstützung der Arbeitslosen wäre also nicht mehr gesichert.** Die gegenwärtigen Sätze lägen zweifellos an der unteren Grenze des sozial Vertretbaren und müßten erhöht werden, sobald die wirtschaftliche Lage es irgendwie gestatte. Ebenso könne die Organisation der Arbeitslosenhilfe, wie sie jetzt sei, nicht befriedigen. Zweifellos werde die Reichsregierung sich um Veränderungen und Milderungen bemühen.

Ministerialdirektor **Krohn** vom Reichsarbeitsministerium stellte die Finanzlage der Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Unfallversicherung dar. Die Beiträge der Invalidenversicherung seien auf rund 53 Millionen monatlich im Jahre 1932 zurückgegangen. Im Jahre 1931 habe sich bereits ein Fehlbetrag von 188 Millionen ergeben. Dieser Fehlbetrag wäre in den folgenden Jahren ohne die Notverordnung so hoch geworden, daß das gesamte realisierbare Vermögen zu einer Deckung nicht mehr ausgereicht hätte. Trotz der Auswirkungen der Notverordnungen müsse man **im Jahre 1933 noch mit einem Fehlbetrag von 125 Millionen bei der Invalidenversicherung rechnen.** Die Angestelltenversicherung habe zwar zur Zeit noch erhebliche Ueberschüsse. Da sie aber nicht versicherungstechnisch vollständig gesichert sei, sei auch hier eine Kürzung der Leistungen notwendig. Die Knappschaftspensionsversicherung leide unter einem außerordentlichen Beitragsausfall infolge Lohnsenkung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Arbeiterpensionskasse sei vorläufig durch einen jährlichen Reichszuschuß von 89 Millionen ins Gleichgewicht gebracht worden. In der Angestelltenpensionskasse dagegen sei trotz eines Reichszuschusses noch ein Fehlbetrag vorhanden. In der **Unfallversicherung** stiegen die Umlagebeitragssätze infolge des Rückganges der Lohnsummen stark an. Im Kohlenbergbau habe der Beitragssatz etwa 9 Prozent des Lohnes erreicht. **Eine Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni würde für die Sozialversicherung eine Mehrbelastung von rund 300 Millionen jährlich bringen.** Die Reichsregierung sei sich bewußt, daß die Notverordnung auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung außerordentliche Härten gebracht habe. **Beim Erlaß der Notverordnung habe es sich aber um Sein oder Nichtsein der Sozialversicherung gehandelt. Die Reichsregierung werde weiter versuchen, die Härten im Rahmen des Möglichen zu mildern. Die Hauptaufgabe der nächsten Zukunft sei die weitere Sicherstellung der Invalidenversicherung. Ueber diese gesamten Probleme werde die Reichsregierung auch mit dem sozialpolitischen Ausschuß Fühlung nehmen.**

Der Haushaltsausschuß beschloß am Ende seiner Sitzung **mit 24 Stimmen der Nat.-Soz., Soz. und Kommunisten die Annahme eines soz. Antrags, wonach die Notverordnung vom 14. Juni zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung außer Kraft zu setzen ist.** Alle anderen Parteien erklärten, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen. Ferner wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen gegen Zentrum und Bayerische Volkspartei, wonach auch die sozialen Härten der Brüninggnotverordnung vom 8. September 1931 beseitigt werden sollen.

Die Regierung Herriot gestürzt

Frankreich verweigert die Zahlung

Paris, 13. Dez. Unter ungeheurem Andrang des Publikums wurde die Kammersitzung eröffnet, in der

Ministerpräsident Herriot zur Schuldenfrage

Stellung nahm. Man dürfe zwei Umstände nicht vergessen, die in der Nachkriegszeit viele Mißverständnisse heraufbeschworen hätten: Der Sicherheitsvertrag, der als Ergänzung des Versailler Vertrages von England und Amerika unterzeichnet werden sollte, sei nicht zustandegekommen, und die Vereinigten Staaten seien dem Völkerbund nicht beigetreten. Dieser Hinweis sei um so nötiger, als man heute wieder von der **Verbindung zwischen Schulden und Abrüstung** spreche. Herriot ging dann auf das Mellon-Berenger-Abkommen und den Youngplan ein, der, wie er behauptete, unbestreitbar einen Zusammenhang zwischen den Entschädigungen und Schulden geschaffen habe. Leider sei alles in Frage gestellt worden durch Hoovers Moratoriumsvorschlag, der übrigens nichts enthalte, was gegen den von Frankreich geforderten Schuldenaufschub spreche. Hoovers Anregung sei für Frankreich besonders kostspielig gewesen, weil sie Frankreich seines Gläubigeranspruches beraubt habe.

Die Bestätigung des **Lausanner Abkommens** hänge von einem befriedigenden Uebereinkommen der Schuldnerländer mit Amerika ab. Das Lausanner Abkommen sei übrigens für die Vereinigten Staaten vorteilhaft gewesen, da es doch die privaten amerikanischen Gläubigeransprüche voll anerkannt habe. Was den Fälligkeitstermin des 15. Dezember betreffe, so habe Hoover auf den Kongreß als allein zuständig hingewiesen und erklärt, daß Englands Verhalten bei der Aussprache über den Fälligkeitstermin vom 15. Dezember über alles Lob erhaben sei.

Sollen wir zahlen oder nicht?

Zweideutige Lösungen seien eines Landes wie Frankreich unwürdig. Deshalb sei die Zahlung auf Sperrkonto ausgeschlossen, ebenso die Möglichkeit der Zahlung durch amerikanische Anleihen. Auch die Anrufung eines Schiedsgerichts komme vorläufig nicht in Frage. Für eine bedingungs- und vorbehaltlose Zahlung sei er nicht; er könne sich aber auch mit einer einfachen Zahlungsverweigerung nicht einverstanden erklären, da eine solche im ungeeignetsten Augenblick käme. In den Vereinigten Staaten werde schon jetzt die **Haltung Frankreichs in gefährlichster Weise mißverstanden.** Außerdem seien die Schuldenregelungsabkommen dann hinfällig. Herriot warnte auch vor der Gefahr, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben, da doch Frankreichs gesamte Politik auf dem französisch-englischen Vertrauensabkommen aufgebaut sei. (Lebhafter Beifall.) Besonders maßgebend sei jedoch gewesen, daß **Frankreich die Achtung der Verträge zum Grundsatz seiner Politik erhoben habe. Wie könnte Frankreich bei den internationalen Konferenzen diese Politik verteidigen, wenn es den Begriff „Achtung der Verträge" zunichte werden lasse?** Auf einen Einwurf von rechts **„und Deutschland?"** bemerkte Herriot: Gerade Deutschland gegenüber haben wir uns stets auf den Standpunkt gestellt, daß die Verträge gemacht werden müssen, und ich darf mit Genugtuung feststellen, daß ich einen deutschen Reichskanzler in Lausanne zu derselben Auffassung gebracht habe. Bei der Ruhrbesetzung konnte Frankreich sich auf die Verfehlungen Deutschlands gegen die Verträge berufen. Frankreichs Ehrenpflicht ist es, die ewigen Gesetze der politischen Moral zu verteidigen. Er wolle die Dezemberrate zahlen, wenn er auch noch nicht wisse womit, da er gemeinsam mit England vorgehen wolle. Er hoffe noch am Abend eine entsprechende Vorlage einbringen zu können, und werde deswegen vor den zuständigen Ausschüssen erscheinen. Herriots Rede fand allgemeinen Beifall, auch bei den Sozialisten.

*

Das französische Parlament gegen die Zahlung der Dezemberrate

Paris, 13. Dez. Ministerpräsident Herriot erschien am Dienstag vor den Vereinigten Kammerausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten, um ihnen den Wortlaut der vom **Kabinettsrat aufgesetzten Note an Amerika und von dem von der Regierung für die Dezemberzahlung gemachten Vorbehalt Kenntnis zu geben. Die Ausschüsse haben mit 24 gegen 9 Stimmen sich gegen die Zahlungsleistung mit den von der Regierung vorgetragenen Vorbehalten ausgesprochen.**

Die meisten Fraktionen zeigten größte Abneigung gegen eine Zahlung, die lediglich von einseitigen Vorbehalten begleitet sei. Selbst innerhalb der Radikalen Fraktion machte sich eine **starke Opposition** geltend, und ein großer Teil der Fraktionsmitglieder

soll beabsichtigen, falls bei der Abstimmung Fraktionszwang geübt werden sollte, sich von der Fraktion zu trennen.

Somit steht das Schicksal des Kabinetts Herriot auf außerordentlich schwachen Füßen, da auch die Sozialisten den Antrag eingebracht haben, die Dezemberzahlung auszusetzen und eine allgemeine Konferenz zur Regelung des Schuldenproblems einzuberufen.

In der französischen Note an Amerika heißt es: **Die französische Regierung wird am 15. Dezember 19,261 Millionen Dollar zahlen. Sie wird verlangen, daß diese Zahlung auf die in dem neu abzuschließenden Abkommen ausgesetzten Schuldenbeträge angerechnet wird.** Sie setzt die Regierung der Vereinigten Staaten davon in Kenntnis, daß Frankreich, solange die durch das Moratorium geschaffene Lage beibehalten wird, und falls eine allgemeine Neuregelung der internationalen Schulden nicht erfolgt, tatsächlich und rechtlich **außerstande sein wird, künftig die Lasten eines Systems zu tragen, das sich ehrlicherweise nur rechtfertigen läßt, wenn auch dadurch die Begleichung der Reparationen erfolgt.**

*

Vor der Abstimmung in der französischen Kammer

Paris, 13. Dez. Die französische Kammer hat in einer stark besuchten Nachmittagssitzung wiederum über die Schuldenzahlung debattiert. Marin griff dabei auch Deutschland an und bezeichnete den deutsch-französischen Handelsvertrag als verhängnisvoll. Nach einer Unterbrechung der Sitzung gab der Generalberichterstatter der Vereinigten Ausschüsse bekannt, daß sie sich dahin geeinigt hätten, die Zahlung der Dezemberrate an die Vereinigten Staaten müsse so lange aufgeschoben werden, bis sich die Vereinigten Staaten zu einer Schuldenkonferenz bereit erklärt haben. In der Nachtsitzung dürfte diese Entschließung mit Sicherheit angenommen werden.

*

Französische Kammer auf 21 Uhr vertagt.

T.U. **Paris**, 13. Dez. Im weiteren Verlauf der Kammersitzung am Dienstag sprach der Generalberichterstatter der Kammer, Bergerie, gegen die Befürchtung aus, die Nichtzahlung der Schuldenrate am 15. Dezember könnte dem französischen Kredit in Amerika schaden. Er forderte das Haus auf, geschlossen für den Entschließungsantrag der beiden Ausschüsse zu stimmen, um den Willen des französischen Volkes gegenüber der amerikanischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Die Sitzung wurde sodann auf 21 Uhr vertagt. Die Kammer wurde in den Abendstunden wiederum mit starkem Polizeischutz umgeben. Augenscheinlich befürchtete man Zusammenstöße. Anhänger der Action Francaise marschierten kurz vor der Vertagung der Kammer in der Nähe des Palais Bourbon auf.

*

Die Regierung Herriot gestürzt

T.U. Paris, 14. Dez. Die Regierung Herriot ist am Mittwoch 5,15 Uhr gestürzt worden. Sie wird sich in den ersten Vormittagsstunden geschlossen ins Elysee begeben, um dem Präsidenten der Republik ihren Rücktritt zu unterbreiten. Die Kammer hat den Entschließungsantrag Chauvin zu dem Herriot die Vertrauensfrage gestellt hatte und der die 4 Punkte der Regierungsvorlage enthielt mit 402 gegen 187 Stimmen abgelehnt und damit die Zahlung verweigert.

Belgien weigert sich an Amerika zu zahlen

T.U. **Brüssel**, 13. Dez. Der belgische Ministerrat beschloß am Dienstag, die fälligen Zahlungen an die Vereinigten Staaten von Amerika nicht zu leisten. Dieser Beschluß wurde vom Außenminister Hymans noch an diesem Abend dem amerikanischen Gesandten übermittelt.

Der König hat de Broqueville mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Tages-Anzeiger

Mittwoch, den 14. Dezember.

Bad. Landestheater: „4. Sinfonie-Konzert", 20—22 Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Berlin Alexanderplatz", 7 u. 9 Uhr.

Eisenbahnunglück im Gütsch-Tunnel in der Schweiz

Bern, 13. Dez. Im Gütsch-Tunnel bei Luzern stieß Dienstag nachmittag der Personenzug Luzern—Bellinzona mit dem Eilzug Zürich—Luzern zusammen. Der Zusammenprall war außerordentlich heftig. Mehrere Personen wurden verletzt. Wahrscheinlich sind auch Tote zu beklagen. Die beiden Gleise sind vorläufig gesperrt. Der Materialschaden ist beträchtlich. Die Ursache des Unglücks liegt darin, daß der Eilzug das Haltesignal überfuhr, die für die Fahrt des Personenzuges gestellte Weiche aufschlitzte und in den Personenzug hineinraste.

*

Sechs Tote, vier Vermißte beim Eisenbahnunglück im Gütsch-Tunnel

Luzern, 13. Dez. Bis 7 Uhr abends wurden 6 Tote als Opfer des Eisenbahnzusammenstoßes im Gütsch-Tunnel geborgen. Vier Personen werden noch vermißt. Unter den Toten befinden sich die beiden Lokomotivführer. Die Aufräumungsarbeiten sind noch in vollem Gange. Außerdem gab es 15 Verletzte.

Der Gütsch-Tunnel befindet sich in unmittelbarer Nähe des Luzerner Bahnhofs an der Westausfahrt. Er durchquert den sogenannten Gütsch-Berg. Im Tunnel selbst, durch den die Gleise für die Strecke nach Bern und Basel laufen, zweigt die Linie nach Zürich ab.

Die Aufräumungsarbeiten im Gütsch-Tunnel. — 5 Tote, 15 Verletzte.

T.U. **Luzern**, 13. Dez. Die Aufräumungsarbeiten im Gütsch-Tunnel werden sehr erschwert, weil sich die Trümmer der Lokomotiven und Wagen bis zur Tunneldecke türmen. Die Schweißapparate sind ununterbrochen in Tätigkeit, um die ineinander gepreßten Eisenteile zu lösen. Die Aufräumungsarbeiten werden noch die ganze Nacht in Anspruch nehmen. Nach dem Zusammenstoß entstand im Tunnel durch Kurzschluß ein Brand, der aber bald gelöscht werden konnte. Bis 19 Uhr waren 5 Tote und 15 Verletzte geborgen. Unter den Toten befindet sich außer den beiden Lokomotivführern auch ein Zugführer. Wie die Eisenbahninspektion Luzern mitteilt, konnten sämtliche Verunglückten in den Krankenhäusern untergebracht werden. Um 19 Uhr befanden sich keine Verletzten mehr unter den Trümmern. Durch den Zusammenstoß wurden beide Lokomotiven, die Gepäckwagen und zwei Personenwagen zertrümmert, die glücklicherweise nur schwach besetzt waren.

Die Verletzten weisen Schädelbrüche, Schenkelbrüche, Ellenbogenfrakturen und Quetschungen auf. Unter ihnen befindet sich auch eine junge Berlinerin Fräulein Willis Stock, die aber nur eine leichte Unterschenkelquetschung erlitt. Erschütternd war es, wie die unverletzt gebliebenen Passagiere einer nach dem andern wie aus einer Hölle entronnen aus dem Tunnel wankten. Mehrere hatten einen Nervenschock erlitten.

Weshalb der Führer des Züricher Eilzuges das Haltesignal überfuhr, ist noch nicht geklärt. Die Luzerner Eisenbahndirektion hat sofort die Untersuchung aufgenommen.

Sieben Tote in Luzern? — Bericht eines Verletzten.

T.U. **Luzern**, 13. Dez. Ein Verletzter, der bei dem Eisenbahnunglück einen doppelten Beinbruch davongetragen hat, gibt eine Schilderung davon, wie er drei Stunden lang eingeklemmt in einer fürchterlichen Lage unter den Trümmern ausharren mußte, bis er befreit werden konnte. Auch ein Teil der übrigen Verletzten mußte zwei bis drei Stunden unter den Trümmern aushalten; die Rettungsmannschaft konnte nur mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen, weil die Wagen so geborsten waren, daß sie jeden Augenblick völlig zusammenzubrechen drohten. Die Dunkelheit machte das Rettungswerk im Tunnel noch schwieriger. Während die Eisenbahninspektion in Luzern nur spärliche Auskünfte über das Unglück gibt und erklärt, daß über die Anzahl der Toten und Verletzten noch keine endgültigen Angaben vorlägen, beziffert die Polizeidirektion die Zahl der Toten mit sieben.

Auch ein Berliner unter den Toten im Gütsch-Tunnel.

T.U. **Luzern**, 13. Dez. Die Angaben über die Zahl der Toten und Verletzten bei dem Zugunglück im Gütsch-Tunnel schwanken noch. So beträgt die Zahl der Todesopfer nach den letzten Mitteilungen des Stationsamtes Luzern sechs und die der Verletzten elf. Unter den Getöteten befindet sich auch ein Deutscher und zwar der Berliner Geschäftsreisende Türke, der für ein Modehaus in der Krausenstraße reiste. Türke befand sich in dem Stuttgarter 3. Klasse-Wagen des Züricher Schnellzuges, in dem sich nach Angaben von Augenzeugen etwa 20 Fahrgäste befunden haben sollen. Die Identität der beiden ebenfalls getöteten Damen konnte noch nicht festgestellt werden.

Nach den neuesten Mitteilungen aus dem Gütsch-Tunnel hatte bei dem furchtbaren Zusammenstoß der Züricher Schnellzug eine Stundengeschwindigkeit von etwa 70 Kilometern. Die beiden Lokomotiven fuhren ganz ineinander. Der Arm des einen Lokomotivführers ragt noch wie ein furchtbares Warnungssignal aus dem zertrümmerten Führerstand heraus. Der Postwagen des einen Zuges wurde senkrecht aufgestellt und der Stuttgarter Personenwagen türmte sich auf ihn hinauf.

*

Voraussichtlich 13 Tote in Luzern.

T.U. **Luzern**, 13. Dez. Die Zahl der Toten des Eisenbahnunglücks bei Luzern hat sich erhöht. In den Abendstunden sind drei Schwerverletzte gestorben, sodaß die Zahl der Toten jetzt neun beträgt. Außerdem werden noch vier Personen vermißt, von denen man annehmen muß, daß sie tot unter den Trümmern liegen. Hierdurch würde sich die Zahl der Toten auf 13 erhöhen.

In dem von Luzern nach Bellinzona gehenden Zug befand sich auch ein Viehtransport. In die Hilfeschreie der Verwundeten mischte sich das Angstgebrüll der Tiere. Soweit diese lebend davonkamen, konnten sie nur mit großer Mühe aus dem Tunnel einzeln herausgeführt werden.

Aufsehenerregender Antrag Mac Faddens

Hoover soll in Anklagezustand versetzt werden.

T.U. **Washington**, 13. Dez. Das Mitglied des Repräsentantenhauses, Macfadden, brachte am Dienstag im Repräsentantenhauses einen aufsehenerregenden Antrag ein, nach dem Hoover wegen „großer Verbrechen und widerrechtlicher Aneignung der gesetzgebenden Gewalt" angeklagt werden soll. Der Antrag spielt offensichtlich auf Hoovers Haltung in der Kriegsschuldenfrage an. Verfassungsmäßig ist zur Annahme dieses Antrages eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die Entscheidung über die Anklage hat letzten Endes der Senat, der bei einer etwaigen Verurteilung ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit aufbringen muß.

Mac Faddens Anklage gegen Hoover abgelehnt.

T.U. **Washington**, 13. Dez. Die Anklage von Mac Fadden gegen Hoover besteht aus 19 Punkten, in denen Hoover zum Vorwurf gemacht wird, er habe sich in die Schuldenzahlungen zugunsten der fremden Nationen eingemischt, Geheimkonferenzen mit der deutschen Regierung und internationalen Bankiers abgehalten, deren Ergebnis das Moratorium gewesen sei, und habe das Stillhalteabkommen zu gunsten privater Interessen eingeleitet.

Der Antrag von Mac Fadden wurde jedoch vom Repräsentantenhaus ohne jede weitere Aussprache abgelehnt.

Verwaltungsratssitzung der Deutschen Reichspost

Einführung einer verbilligten „Kleingutsendung"

Berlin, 13. Dez. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschäftigte sich mit laufenden Angelegenheiten. Der Reichspostminister konnte feststellen, daß vom September ab in den meisten Dienstzweigen eine über die Saisoneinflüsse hinausreichende konjunkturelle **Verkehrsbelebung bemerkbar sei.** Der Verwaltungsrat wurde dann über den Stand des **Arbeitsbeschaffungsprogramms** unterrichtet. Da die Anleihefrage noch nicht gelöst ist, hat die Deutsche Reichspost bekanntlich aus dem Gesamtprogramm von 60 Millionen RM. einstweilen Zusatzaufträge in Höhe von 34 Millionen RM. herausgegeben. Der Reichspostminister kündigte ferner an daß die Post für den **Massenpaketverkehr** zwischen großen Orten eine gegenüber dem Postpaket etwas **verbilligte Kleingutsendung** bis zum Höchstgewicht von 7 Kilogramm einführen wolle, die die Bezeichnung „Postgut" erhalten soll. Der verbilligte Tarif wird sich etwa auf gleicher Höhe wie die allgemein im Sammelverkehr bestehenden Vergütungssätze halten. Eine Unterbietung anderer Verkehrsunternehmungen ist nicht beabsichtigt. Der Tarif ist als frei Haus-Tarif gedacht; Zustellgebühren werden nicht erhoben. Die neue Versendungsart soll zunächst versuchsweise eingeführt werden, sobald die Vorbereitungen beendigt sind.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[41

Warum mußte sie diese Situation heraufbeschwören? Schamlosigkeit war es und ein Vertrauensbruch ohnegleichen!

Vermutlich hatte sie den Abend mit ihrem Freund verbringen wollen und mußte statt dessen die eiligen Abschriften erledigen. Offenbar aber konnte sie es nicht einen Abend aushalten, ohne diesen Mann wiederzusehen, und benutzte skrupellos die Krankheit Weltners, um den Geliebten hierher ins Haus kommen zu lassen.

Weltner stöhnte auf. Er wollte nicht weiter denken, durfte nicht weiter denken. — Jetzt erst fühlte er, daß er sie geliebt, wie er nach Maria niemals geglaubt lieben zu können.

Stumm saß Robert Weltner da. Ein schöner Traum war ausgeträumt. Er lächelte bitter. Das war die Strafe dafür, wenn ein Mann, wie er, noch träumen wollte.

Aber nun war es vorbei. Er mußte mit dieser schmerzlichen Enttäuschung fertig werden, ohne daß die Frau, die ihn so tief verwundet, von seinen Gefühlen irgend etwas ahnte. Er wollte ihr auch nichts sagen von dem, was er soeben gesehen. Wie tief er auch getroffen war, er konnte es nicht über sich gewinnen, die geliebte Frau beschämt vor sich stehen zu sehen. Niemals hätte er ihr seine Verachtung, seine Enttäuschung ins Gesicht hinein sagen können. Dazu war er zu feinfühlig, auch seiner nicht sicher genug. Eine Frau, die, wie Edith, solch raffinierter Handlungen fähig war, war auch vielleicht fähig, den wahren Grund seiner Vorwürfe aus seinen Worten zu spüren: seine tiefe, zu Tode getroffene Liebe. Das mußte vermieden werden um jeden Preis. Er mußte sich dazu zwingen, Edith Bernheim gleichgültig zu begegnen und sie unter einem Vorwand möglichst bald zu entlassen. Zusammenarbeiten konnte er nicht mehr mit ihr, das ging über seine Kräfte.

Mühsam schleppte er sich wieder ins Bett und fühlte, wie nach der heftigen Erregung die Fiebergluten wieder wilder durch seinen erschöpften Körper zu jagen begannen, bis er in einen unruhigen Schlaf verfiel, in dem sich die Bilder dieser Nacht verzerrt und schmerzlich tummelten.

* * *

Der Morgen graute fahl durch die Fenster des Arbeitszimmers, als Edith mit schmerzendem Kopf und bleischweren Gliedern erwachte. Verwundert sah sie sich um. Wo war sie denn? Sie versuchte sich aufzurichten. Die Glieder gehorchten nur widerwillig und träge. Wieso lag sie auf dem Sofa in Weltners Arbeitszimmer? Sie wußte absolut nicht, wie sie dahin gekommen. Die Ereignisse, die sich seit ihrer Rückkehr ins Arbeitszimmer abgespielt, sie waren wie in einen undurchdringlichen Schleier gehüllt. Sie besann sich jetzt nur, daß sie plötzlich bei der Arbeit sehr müde geworden — was dann geschehen, das war trotz aller Mühe in ihr Gedächtnis nicht mehr zurückzurufen.

Ein Frösteln überkam sie. Das Zimmer war kalt und schien von einer eigentümlichen Traurigkeit erfüllt, die sich schwer auf ihre Seele legte.

Beschämung erfaßte sie. Da hatte sie sich hingelegt und geschlafen, indessen die dringliche Arbeit auf sie wartete. Das kam davon, daß sie sich ganz gegen ihre Grundsätze hatte verleiten lassen, beim Abendbrot ein Glas Wein zu trinken. Sie wußte doch, daß sie gar keinen Alkohol vertrug. Sie hätte trotz des Zuredens der Frau Hartwig ablehnen müssen.

Nun lag die Arbeit unfertig da. Rechtsanwalt Weltner würde morgen früh sofort die Reinschrift verlangen. Wie spät mochte es sein? Sie hob mühsam den Arm, der eigentümlich schwer lastete, blickte auf die Armbanduhr. Sie glaubte ihren Augen nicht recht zu trauen: ein Zeiger zeigte die dritte Morgenstunde an.

Wenn man sie hier fand, was sollte man denken, daß sie hier die halbe Nacht in Weltners Hause verbracht hatte? Hier konnte sie jetzt nicht weiterschreiben. Sie wollte eilig heim, ehe sie jemand hier überraschte. Zu Hause wollte sie nach einer kurzen Ruhepause die Arbeit vollenden.

Mit zitternden Händen raffte sie ihre Papiere zusammen und legte sie in die Aktenmappe.

Angstvoll horchte sie zwischen ihrer Hantierung immer wieder auf, ob sich auch im Hause nichts regte. Aber alles war still. So schlich sie sich denn auf Zehenspitzen hinaus in den Korridor, zog sich mit fliegenden Händen ihren Mantel an, setzte den kleinen Hut auf und schloß die Tür leise auf.

Alsbald tappte sie sich im Dunkeln die Treppen hinunter. Sie wagte in ihrer Angst nicht einmal, im Treppenhaus Licht zu machen.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Die kalte Nachtluft, in die Edith Bernheim hinaustrat, erfrischte sie für eine kleine Weile. Sie ging hastig bis zur nächsten Straßenecke, wo ein Autohaltestand war.

Ein verschlafener Chauffeur öffnete ihr die Droschke. Verbindung mit der Elektrischen oder einem Autobus gab es nicht mehr. Und je eher sie zu Hause war, um so schneller würde sie mit der Arbeit fertig.

Vor ihrem Hause angelangt, bezahlte sie den Chauffeur und ging müde die Treppen hinauf. Die kurze Ermunterung durch den Weg in der frischen Luft war schon wieder vorüber. Sie fühlte eine heftige Uebelkeit und ein Zittern in den Gliedern. Sehnsüchtig sah sie zu dem aufgeschlagenen weißen Bett hinüber. Wie gern hätte sie sich eine Stunde Ruhe gegönnt, aber sie wollte mit allen Kräften versuchen, die wichtige Arbeit fertigzumachen.

Sie stellte ihre kleine Kaffeemaschine an, um sich einen starken Kaffee zu brauen. Aber merkwürdig, das sonst so geliebte Getränk flößte ihr, nun es fertig vor ihr stand, einen jähen Widerwillen ein. Sie besann sich, daß sie den gleichen Widerwillen nach dem Genuß des Mokkas verspürt, den ihr dieser Verwandte von Frau Hartwig ins Arbeitszimmer herübergebracht.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg